Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

2.12.1864 (No. 284)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. Dezember.

Nr. 284. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Karlsruhe, den 1. Dezember.

Siebzehntes Bulletin

über das Befinden Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Frau Markgräfin Wilhelm.

Bei der hohen Kranken gibt sich leider mehr Sinken der Kräfte kund.

Dr. Buchegger.
Dr. Meier.

Telegramme.

☏ **Frankfurt,** 1. Dez. Bundestags-Sitzung. Oesterreich und Preußen beantragen die Beendigung des Exekutionsverfahrens und die Zurückberufung der Exekutionstruppen, sowie der Zivilkommissäre. Abstimmung in der nächsten Sitzung.

Hannover, 30. Nov. (W. T.-B.) Ein offizieller Zeitungsartikel sagt: Die Exekutionsregierungen seien jetzt verpflichtet, unverzüglich die Exekutionsmaßregeln aufzuheben und die Truppen aus den Herzogthümern zurückzuziehen, zugleich der Bundesversammlung dieses anzuzeigen. Vom Bundesbeschluß über die Aufhebung der Exekution ist darin keine Rede. Die hannover'sche Regierung wird, da das Friedensinstrument der Bundesversammlung mitgetheilt ward, ihre Pflicht schleunigst erfüllen. Die Erbfolge-Frage ist besonderer Behandlung vorbehalten.

Deutschland.

Frankfurt, 30. Nov. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 29. d. M.

Von den Gesandten von Oesterreich und Preußen wurde der unter dem 30. Oktober zwischen ihren allerhöchsten Souveränen einerseits, sowie Sr. Maj. dem König von Dänemark andererseits zu Wien abgeschlossene Friedenstraktat, nachdem der Austausch der Ratifikationen am 16. d. M. stattgefunden hat, in beglaubigter Abschrift überreicht.

Sodann kamen Berichte und Telegramme des Kommandirenden der Bundestruppen, sowie der Zivilkommissäre in Holstein und Lauenburg zur Vorlage und in Verhandlung. Von Seiten der königl. sächsischen Regierung wurde der Antrag gestellt: „Es wolle hoher Bundesversammlung gefällig sein, unverweilt einen Beschluß darüber zu fassen, ob die königl. sächsische Regierung den ihr ertheilten Auftrag als vorschriftsmäßig erfüllt zu betrachten und demgemäß ihre Truppen aus den Herzogthümern zurückzuziehen habe." Dieser Antrag wurde zur beschleunigten Berichterstattung an die vereinigten Ausschüsse überwiesen.

Frankfurt, 30. Nov. (Allg. Ztg.) Der gestrige Bundesbeschluß, wornach Generalleutnant v. Hake in seiner bisherigen Stellung verbleibt, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. (General v. Hake berichtet, daß die Preußen alle Etappenstraßen in Holstein besetzt und in Altona 12 Bataillone und 4 Schwadronen konzentrirt haben.)

München, 29. Nov. (A. Z.) Se. Maj. der König ist so eben, kurz vor Mitternacht, aus Hohenschwangau hier eingetroffen. Der König hat den Weg bis Starnberg zu Pferd zurückgelegt.

München, 29. Nov. Die „Bayer. Ztg." schreibt über die neueste Wendung der Dinge in Holstein:

Wir haben bereits auf die neue ernste Verwicklung vorbereitet, welche in den Elbe-Herzogthümern einzutreten droht. Preußen hat eine Sommation, man spricht von 5 Tagen (s. dagegen Dresden), an Sachsen und Hannover erlassen, um sich an die Stelle der Bundestruppen in Holstein und Lauenburg zu setzen. Preußen wendet sich nicht an den Bundestag, der doch den Bundesexekutions-Beschluß gefaßt und der allein berechtigt ist, ihn wieder aufzuheben, oder durch einen andern zu ersetzen. Preußen betrachtet die Räumung Holsteins als eine Angelegenheit, die unter den mit der Exekution beauftragten deutschen Mächten zu regeln wäre. Es hat die hannover'schen Truppen in Rendsburg wieder einrücken lassen, um von denselben, fast wie zum Hohn, die Abrückung aus allen holsteinischen Gebietstheilen zu verlangen. Es hat die österreichischen Truppen sich in ihre Heimath zurückbewegen lassen, um sodann plötzlich den preußischen, die zum Theil schon über Holstein hinaus waren, Halt zu gebieten und Rückmarschordre zu ertheilen. Preußen provozirt den Kampf Deutscher gegen Deutsche, freilich in der bestimmten Hoffnung, daß er nicht stattfinden werde, daß der Bundestag Weisungen an die Bundesgenerale geben werde, unter Protest der Gewalt zu weichen und den Kampf zu vermeiden. Die Bundesversammlung wird zwischen heute und Donnerstag darüber ihren höchst wichtigen Beschluß zu fassen haben, wobei natürlich auf Oesterreichs Verhalten Alles ankommt. Oesterreich, sagt man, vermittelt. Wer aber die gegenwärtige preußische Politik, wer den Charakter und die große Gereiztheit des Hrn. v. Bismarck, namentlich gegen Sachsen, beachtet, der wird von Oesterreichs Vermittlung sich wenig versprechen. Die Fehlerhaftigkeit der Graf Rechberg'schen deutschen Politik wird jetzt deutlich an den Folgen erkannt, vor welchne auch die „Bayer. Ztg." seiner Zeit offen gewarnt hat.

Kassel, 29. Nov. (N. Fr. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung handelte es sich zunächst um den Bericht des Abg. Vizekanzler Löbell, die Entschädigung der wegen ihrer Verfassungstreue entlassenen und dreiviertheilten Zivil- und Militär-Staatsdiener betreffend. In dieser Beziehung hatten die Abgg. Knobel, Hellwig, Oetker II. und Falckenheiner schon vor längerer Zeit den Antrag gestellt: an hohe Staatsregierung das dringendste Ersuchen zu richten, 1) diejenigen Staatsdiener des Militär- und Zivilstandes, welche in Folge der Ordre des Kommando's des Armeekorps vom 9. Okt. 1850, bezw. des durch die Bundesexekution gegen sie geübten Zwanges ihren Abschied erbeten und erhalten haben, und im Fall des bereits erfolgten Ablebens derselben deren Wittwen und Erben, wegen der durch die Entlassung ihnen erwachsenen Verluste in angemessener Weise zu entschädigen; nicht minder 2) die auf Grund des § 51 des provisorischen Gesetzes vom 14. Juli 1851, Abänderung des Staatsdienst-Gesetzes betreffend, auf Wartegeld gestellten Staatsdiener, bezw. deren Wittwen und Erben, mittelst Nachzahlung des denselben entzogenen Gehaltsviertheils zu entschädigen; auch 3) die deßhalbige Entschließung baldthunlichst zur Kenntniß der Ständeversammlung zu bringen. Abg. Löbell beantragt Namens des Verfassungsausschusses, den Antrag von Knobel und Konsorten zu genehmigen. Der Landtags-Kommissär sprach natürlich gegen diesen Antrag, die Abgg. Oetker II., Harnier, Weigel u. A. desto entschiedener dafür. Der ritterschaftliche Abg. v. Trott erklärte: „Als Ständemitglied von 1852 bis 1862 kann ich nicht für den Ausschußantrag stimmen, wenn ich auch möchte." v. Ceudell schloß sich dieser Erklärung an. Es wurde dann namentlich abgestimmt. Dabei ergab sich folgendes Resultat: Gegen den Antrag des Ausschusses stimmten die in der Sitzung anwesenden Vertreter des Adels: v. Buttler, v. Münchhausen, v. Ceudell, v. Berlepsch und v. Trott; der Abstimmung enthielten sich, weil persönlich betheiligt: v. Bischoffshausen, Zuschlag, Dörr und Wiegand; die übrigen Abgeordneten stimmten ohne Ausnahme für den Ausschußantrag, der damit natürlich angenommen war. Hierauf Fortsetzung der Budgetberathungen.

Dresden, 29. Nov. Das „Dresd. Journ." schreibt: In einer für heute anberaumten außerordentlichen Sitzung der Bundesversammlung hat der k. sächsische Bundestags-Gesandte folgenden Antrag einzubringen gehabt:

Königreich Sachsen. Unter Hinweis auf Artikel 13 der Exekutionsordnung ist von der königl. preußischen Regierung durch die dortseitige Gesandtschaft am diesseitigen königl. Hofe die Ansicht zu erkennen gegeben worden, es hätten gegenwärtig die Regierungen von Sachsen und Hannover ihre in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg befindlichen Truppen ohne Verzug zurückzuziehen und hiervon dem Bunde Anzeige zu machen, Beides ohne einen Bundesbeschluß abzuwarten oder zu provoziren. Dieser Auffassung des nur erwähnten Artikels der Exekutionsordnung hat die k. sächsische Regierung ohne Weiteres nicht beizupflichten vermocht. Art. 13 sagt: „Sobald der Vollziehungsauftrag vorschriftsmäßig erfüllt ist, hört alles weitere Exekutionsverfahren auf." Es fragt sich nun, wer darüber zu entscheiden hat, ob der Exekutionsauftrag vorschriftsmäßig erfüllt sei? In das Ermessen der beauftragten Regierung oder Regierungen kann dies nicht wohl gestellt sein. Dies ist offenbar um so weniger die Absicht gewesen, als man unmöglich der Bundesversammlung die Füglichkeit einer Kognition und eines Einspruchs gegen eine vorzeitige Zurückziehung der Truppen hat entziehen wollen; nach dem Wortlaut des Artikels aber soll die Anzeige von der Zurückziehung nicht vor der letztern, sondern gleichzeitig mit derselben erfolgen, mithin wenn dieselbe bereits im Vollzuge begriffen, beziehentlich vollzogen ist, so daß, wenn erst dann die Bundesversammlung Anlaß haben sollte, sich dagegen auszusprechen, ihr Einspruch zu spät kommen würde. Es sei erlaubt, aber auch ferner auf die Unzuträglichkeiten hinzuweisen, welche entstehen müßten, falls die Entscheidung über die Vorfrage und deren sofortige Ausführung in die Hände der Exekutionsregierungen gelegt wäre. Sie sind an naheliegenden praktischen Beispielen leicht zu erkennen. Die Exekution war ursprünglich gegen König Friedrich VII. beschlossen, und dessen Ableben ein außerhalb der Berechnung liegender Zwischenfall. Denkt man sich den letztern hinweg, so hatte die Exekution mit der Befriedigung der von dem Bunde an die k. dänische Regierung gestellten Forderungen aufzuhören. Die Erfahrung hat gelehrt, in welcher Weise man in Kopenhagen die deutschen Forderungen zu befriedigen gewohnt war, und wie man dieselben mit scheinbaren Konzessionen abzufinden versuchte. Welche Regierung, einschließlich der von Preußen, wäre wohl alsdann der Ansicht gewesen, daß es in dem Ermessen von Sachsen und beziehentlich Hannover stehe, zu entscheiden, daß der Exekutionsauftrag erfüllt und die Truppen, ohne einen Bundesbeschluß abzuwarten oder zu provoziren, zurückzuziehen seien? Zu diesen Betrachtungen mußte sich die königl. Regierung noch besonders durch den Umstand aufgefordert finden, daß das ursprüngliche Verhältniß des seiner Zeit beschlossenen Exekutionsverfahrens durch den Bundesbeschluß vom 28. Febr. d. J. wesentlich alterirt worden war und gleichwohl die Bundesversammlung solches unverändert hatte fortbestehen lassen. Jedenfalls glaubte sie die Frage, ob und in wie weit unter den neuerdings eingetretenen Umständen die Besetzung und Verwaltung obgedachter Herzogthümer Seitens des Bundes aufzuhören habe, als eine solche betrachten zu sollen, welche die Regierungen von Sachsen und Hannover durch eine vorgreifende Verfügung der Entscheidung des Bundes zu entziehen nicht berechtigt seien. Die Hinweisung auf vorstehende Momente wird zugleich die diesseitige Regierung recht-

---

*Kg. **Im Schlepptau.**

(Schluß aus Nr. 283.)

„Ihr durchgeheizter, doppelgefärbter Verräther! Ihr steckt unter dem Allem! Ihr entriß't mir das Pistol, als ich in der nächsten Sekunde Euch — — Hilse, Hilse! zu'n Waffen, auf'm Deck da!" brüllte Kapitän Hopkins, wie das Füßegetrappel und Waffengeklirr über ihm zu der Meinung ihn verleitete, das Volk des Mohawk sammle sich wieder zu seiner Befreiung; allein er täuschte sich in seiner Hoffnung, denn die Gesichter, die durch das Scheileit der Kajüte herunter schauten, wie diejenigen der in diese sich hereindrängenden Schar, gehörten Bewaffneten in dem gehaßten Kriegskleid der Südbundsmänner; der Magazinverwalter aber antwortete auf des Kapitäns brausende und schelten de Anrede höchst kaltblütig.

„Schonen Sie Ihren Athem, Herr," sagte er mit geringschätziger Höflichkeit; „Ihre Matrosen und Seesoldaten werden schwerlich auf Ihren Ruf sich einstellen. Sehen Sie Ihre Offiziere an: sie haben, sollte man meinen, der Frau Gregg Champagner Gerechtigkeit widerfahren lassen, und dem Cognac, der —"

„Das Gesöff war mit 'was versetzt, so wahr mir Gott helfe, der Wein und der Franzenschnapps!" rief Hopkins aus, dem jetzt ein Licht aufging; „wer seid Ihr aber? und die Baumwolle, auch, was auf der Welt —"

„Die Baumwolle werdet Ihr nimmer zu fünfzig Cents das Pfund in Greenbacks [Staatspapiergeld] verkaufen," nimmer, sagte eine Stimme das Kajütenfenster herunter. — „Puh! bin ich doch schier erstickt, mit dem Liegen unter so 'ner Decke dort, wie ein Welschhahn in einem Hühnerkäfig. 's war verdammt unlustig, dürfen Sie mir glauben, Herr Major, wie wir so mit unsern Bowie-Messern Löcher stupften, um einen Schnapper Luft zu kriegen. Hab' schier die Arme zu regen verlernt, weiß Gott; aber schlecht war der Spaß doch eben nicht."

Die Kriegslist kam nun an den Tag. Dr. Cook, der willkommene föderalistische Magazinverwalter, der so gelungen des Kapitäns Dollarliebe in's Spiel gezogen hatte, war niemand Anders, als Major Norris, vom Südstaatenheer, Einer der gewandtesten und kühnsten Reiteroffiziere von General Kirby Smith's Heerabtheilung, und die „Frau Gregg" seine Gattin. Der ganze schlaue Plan war auf die Wegnahme des Mohawk angelegt worden, von dem die zahlreichen und eifrigen Agenten des Südens wußten, daß er, mit werthvollem Kriegsmaterial beladen, nach Neuorleans unterwegs sei. Die scheinbaren Baumwollenballen waren in der That nichts als mächtiggroße Weidengeflechtkäfige, mit Packtuch überzogen, worin Luftlöcher für die in ihnen versteckten konföderirten Soldaten angebracht waren. Einige der Waghälse waren, um etwaigen Verdacht noch besser irre zu leiten, die Einen als Bootsleute, die Andern als Negertruppen in föderalistischem Sold vermummt, während Major Norris, mit nicht geringer Gefahr der Entdeckung, die in diesem Fall den Kopf gekostet hätte, es unternommen hatte, die Rolle eines gewissenlosen Regierungszivilbeamten zu spielen, und dann diese so vortrefflich durchgeführt hatte, daß er jeden Argwohn bis zum allerletzten Augenblick, da er den Revolver dem höchlich erstaunten Befehlshaber des Mohawk entriß, abwendete. Die vorgezeigten Papiere waren, natürlich, gefälschte; von den Matrosen und Seesoldaten aber fand sich die Mehrzahl durch das betäubende Mittel lahmgelegt, womit der Wein und der Branntwein versetzt worden war und welches Frau Norris, alias „Frau Gregg", durch ihre treue farbige Dienerin Judith, die, wie sie sich berühmte, so arg, als ihre Gebieterin selbst, die „Boholizionisten [Abolitionisten]" haßte, dem Schiffsvolk hatte zutragen lassen; Judith hatte auch noch einen andern Dienst geleistet, indem sie listig eine Gelegenheit benutzt hatte, das Kupferhütchen vom Gewehr der Schildwache zu beseitigen, was sicherlich Blutvergießen verhinderte.

Der Handel ging ziemlich untragisch aus, denn die Ueberwinder machten einen barmherzigen Gebrauch von ihrem Sieg, und des Steuermanns Wunde — keine tödtliche — war die einzige in der Hast des Fangs beigebrachte. Der Mohawk, indessen, wurde geplündert und in Brand gesteckt, nachdem man ihm jedes Stückchen Eisen oder Kupfer bis auf die Ringbolzen und Nietnägel hinaus abgenommen hatte; auch waren, meines Wissens, die Vorräthe, die er enthielt, von großem Nutzen für das südstaatliche Heer in der wilden Gegend abendwärts vom Mississippi. Was meinen Antheil bei dem Vorgang betrifft, so erwies sich mir der Eigenthümerwechsel des weiland Kanonenboots als ein Glück, da mir durch die gütige Vermittlung des Majors möglich gemacht wurde, unbehelligt meinen Weg durch Westlouisiana und Texas fortsetzen, worauf ich zuletzt in Matamoras mich einschiffte und dann meinen Bestimmungsort wohlbehalten erreichte. Kapitän Hopkins und die Uebrigen wurden, natürlich, Kriegsgefangene, sind aber, zweifle ich nicht, längst schon ausgewechselt worden. Von den weiteren Schicksalen der Helden und — Heldinnen in diesem kleinen Drama ist mir nichts bekannt.

— Während des furchtbaren Sturms, der Kalkutta am 5. Okt. heimsuchte, litt auch die französische Stadt Chandernagor so, daß in der Hindustadt, wo 4000 Häuser von der leichten Bauart der Eingebornen, sogenannte „Paillottes", stehen, fast kein einziges aufrecht stehen blieb; auch in der Franzosenstadt litten die aus Stein gebauten Häuser so, daß z. B. das Gouvernementsgebäude nur eine Ruine ist und die Archive weithin über Straßen, Kanäle und Strom zerstreut wurden. Von den Bäumen rings um die Stadt blieb kein einziger aufrecht. Unter den Trümmern fand man 7 Todte; verwundet wurden Viele; an 20,000 Personen wurden gänzlich obdachlos; die Vorräthe in Magazinen und auf Schiffen wurden theils in alle Winde zerstreut, theils von den Fluthen verschlungen.

— Der Astronom Fr. G. W. Struve ist am 23. Nov. zu St. Petersburg gestorben. Er war am 15. April 1793 zu Altona geboren und ist durch seine Erfolge im Gebiet der Beobachtung und Messung der Sterne berühmt geworden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

fertigen, wenn sie anders als im Wege der Anfrage sich nicht in der Lage glaubt, dem letzten Absatz des Art. 8 der Exekutionsordnung Folge zu geben. Die königl. Regierung hat, ohne sich über die Frage, ob der Exekutionsauftrag als erledigt zu betrachten sei, auszusprechen, wozu sie zur Zeit noch keinen Beruf hatte, jene Zweifel der königl. preußischen Regierung nicht vorenthalten, und sie erachtet sich, ganz abgesehen von der fernern Frage, ob überhaupt ein Befehl zur Zurückziehung an den Kommandirenden der Bundestruppen durch eine andere Behörde als die Bundesversammlung ergehen könne, nicht für ermächtigt, den ihr ertheilten Auftrag ohne vorausgehenden Bundesbeschluß als erledigt anzusehen und demgemäß zu verfahren. Da aber inzwischen von der königl. preußischen Regierung in dringendster Weise ein derartiges Vorgehen beansprucht wird, so erachtet es die königl. Regierung, obschon von Seiten der kaiserl. österreichischen Regierung, welche sich bezüglich des von der königl. preußischen Regierung zu Begründung ihres Anverlangens angerufenen Besitztitels in ganz gleicher Lage befindet, ein derartiges Ansinnen bisher in keiner Weise an sie gestellt worden ist, gleichwohl für ihre Pflicht, an hohe Bundesversammlung den (oben unter Frankfurt wörtlich mitgetheilten) Antrag zu stellen.

Dresden, 30. Nov. Aus zuverlässigster Quelle wird mitgetheilt, daß die zufolge einer Nachricht der „Bayer. Ztg." an Hannover und Sachsen gerichtete Sommation Preußens, die Herzogthümer binnen einer Frist von fünf Tagen zu räumen, bis heute Mittag nicht an die sächsische Regierung gelangt ist.

Kiel, 1. Dez. (Fr. J.) Bürgermeister Spethmann in Eckernförde, welcher am Sonntag Sprecher der Eckernförder Deputation an den Herzog von Augustenburg war, wurde Dienstags telegraphisch zum Herzog befohlen.

Berlin, 29. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht heute in einem längern Artikel zu beweisen, daß der Bund der dänischen Thronfolge-Ordnung von 1852 implicite dadurch zugestimmt habe, daß er am 29. Juli 1852 den Inhalt der dänischen Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852, soweit derselbe Holstein und Lauenburg betreffe, ausdrücklich als den Gesetzen und Rechten des Deutschen Bundes entsprechend anerkannte. Die spätere Beseitigung des Londoner Vertrags könne hieran nichts ändern, da das Erbrecht König Christian's IX. auf die Herzogthümer sich nicht auf diesen Vertrag, sondern auf jenes Thronfolge-Gesetz und die Verzichtleistung des Herzogs von Augustenburg (des Vaters) stütze. Folgeweise müsse der Bund auch de jure die von dem König von Dänemark an Preußen und Oesterreich abgetretenen Rechte anerkennen.

Die „Kreuz-Ztg." sagt heute u. A.:

Wir können uns nicht täuschen, daß in Wien eine nicht unbedeutende Partei existirt, eine Partei, die sowohl innerhalb als außerhalb der Regierung ihre Vertretung findet, welche mit Bewußtsein und nicht ohne Energie darauf hinarbeitet, die preußisch-österreichische Allianz zu sprengen.

Auf die brennende Frage der Räumung der Herzogthümer durch die Bundestruppen übergehend, sagt dann die „Kreuz-Ztg.":

In dieser Frage ist das Recht so sehr auf unserer Seite und — wie wir hinzufügen zu dürfen glauben — auch der Entschluß, dies Recht geltend zu machen nach allen Seiten, so fest, daß wir nicht die Besorgniß hegen, in dieser unserer Aktion von irgend Jemanden, selbst aus dem Lager der preußenfeindlichen Partei in Wien, ernsthaft gestört zu werden. Möglich, daß jener Einfluß heute schon so weit reicht, um eine gemeinschaftliche Aktion zu verhindern; doch wird man uns voraussichtlich selbständig gewähren lassen, freilich wohl mit dem stillen Vorbehalt, demnächst, falls der eigene Einfluß der dominirende werden sollte, die daraus resultirende Stimmung und Kombinationen um so gründlicher und nachhaltiger gegen uns auszubeuten. Selbstverständlich dürfen wir uns hierdurch in unserm weitern Vorgehen nicht beirren lassen. Doch werden wir immerhin die verschiedenen Eventualitäten um so sorgfältiger in das Auge fassen müssen, je mehr wir uns darüber klar sind, daß mit der Fortdauer der preußisch-österreichischen Allianz gleichzeitig über die politische Gestaltung Deutschlands und Europa's auf längere Zeit entschieden werden wird.

Ueber die Verhandlungen mit Oesterreich wird ferner der „Elberf. Ztg." von hier offiziös berichtet:

Es ist nicht richtig, daß die königl. Ordre in Betreff der Sistirung des Rückmarsches der preußischen Truppen aus Minden, also am 25., erlassen worden ist. In Minden ist allerdings die erste Mittheilung von dem gefaßten Beschluß durch Se. Majestät selber gemacht worden; die königl. Ordre selbst aber datirt vom 24. und ist von hier ausgegangen. Von schwerer wiegendem Interesse ist jedoch die Frage nach der Stellung Oesterreichs zu dem neuen energischen Schritt Preußens. Mehrere Blätter setzen freilich eine vorhergegangene Verständigung mit dem Wiener Kabinet voraus. Das Verhältniß liegt aber anders. Das Wiener Kabinet hat von dem neuesten Entschluß der preußischen Regierung vorher eben so wenig Etwas gewußt, als sonst Jemand, sondern ist erst am 25. von den getroffenen Maßnahmen in Kenntniß gesetzt und ohne Zweifel nicht minder überrascht worden, als alle Welt. Ja ich darf hinzufügen, daß der Sistirungsmaßregel als wesentliches Motiv auch Das mit zu Grunde liegt, in Wien die Ueberzeugung zu befestigen, Preußen stehe in Betreff der Stellung der Exekutionstruppen in Holstein auf seiner wiederholt ausgesprochenen Rechtsanschauung mit vollster Entschiedenheit fest, und sei durchaus nicht gemeint, bei der Ausführung seiner darauf bezüglichen Entschlüsse um irgend eines Hindernisses willen auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Berlin, 30. Nov. (W. T.-B.) Ein Leitartikel der heute ausgegebenen „Provinzial-Korresp." spezifizirt die gestern erfolgte Aufforderung Preußens an Sachsen und Hannover, die Bundeskommissäre und die Bundestruppen unverzüglich aus den Herzogthümern abzurufen. Der Artikel scheint in den von ihm angeführten Rechtsgründen die von der Regierung geltend gemachten Ansichten wiederzugeben. Darnach wurde die Bundesexekution gegen die dänische Regierung beschlossen; aber eine dänische Regierung existirt in Holstein nicht mehr. Die Verbindung mit Dänemark hat aufgehört, darum kann für Schleswig Holstein keine „gleichartige" Verbindung gefordert werden; sie ist durch die Bekanntmachung des Königs von Dänemark von selbst weggefallen. Die Forderungen des Bundes sind demnach erfüllt, und die Bundesregierungen haben daher nach Artikel XIII der Bundesakte zu verfahren. Preußen fordert die Erledigung der Frage nicht blos als Mitexekutionsregierung, sondern auch im eigenen Namen auf Grund seiner aus dem Friedensvertrag erwachsenen Ansprüche. Oesterreich und Preußen allein sind zur Verwaltung und militärischen Besetzung der Herzogthümer berechtigt; „jedes" habe Anspruch auf Ausschließung einer andern Obrigkeit und Truppenmacht. Die preußische Regierung hat gestern, wie in Dresden und Hannover mit der Aufforderung (der Zurückziehung der sächsischen und hannover'schen Truppen), in Frankfurt den Friedensvertrag einfach vorgelegt. Die Regierung begriff, daß sie in Gemeinschaft mit Oesterreich die Beendigung der Exekution in Frankfurt zu erklären habe. Oesterreich hat sich in dieser Anschauung nicht von Preußen getrennt. Dies gibt uns die Zuversicht, daß die preußische Regierung der Nothwendigkeit überhoben sein werde, sich selbst ihr Recht zu verschaffen.

◇ **Berlin**, 30. Nov. Mehrere Infanterieregimenter des 3. Armeekorps werden auf ihrem Rückmarsch vom Kriegsschauplatz um die Mitte der nächsten Woche bei Berlin eintreffen und in der westlichen Umgegend der Hauptstadt Quartiere beziehen. Am Dienstag den 6. Dezember kommen das Leib-Grenadierregiment Nr. 8, das brandenburgische Füsilierregiment Nr. 35 und das 4. brandenburgische Infanterieregiment Nr. 24; am Mittwoch den 7. das 8. brandenburgische Infanterieregiment Nr. 64 und das brandenburgische Jägerbataillon Nr. 3. Diesen Truppen wird am Freitag den 9. Dezember das 7. brandenburgische Infanterieregiment Nr. 60 folgen. — Die zum künftigen preußischen Besatzungskorps für die Herzogthümer bestimmten Heerestheile werden mittelst Eisenbahn-Transports dorthin befördert. Soweit dieselben Berlin berühren, treffen sie in der Zeit vom 6. bis zum 11. Dezember hier ein.

Am 6. k. M., Abends, kommen über Wittenberg der Stab, sowie die 1. und 2. Schwadron des Magdeburgischen Dragonerregiments Nr. 6. Ihnen folgen am 7. Morgens die 3. und 4. Schwadron. Sodann werden der Reihe nach befördert: das 4. posen'sche Infanterieregiment Nr. 59 (Garnisonen: Polnisch-Lissa, Rawicz, Krotoszyn); die 3. 12-pfündige Batterie und die 3. Haubitzbatterie von der 3. Fußabtheilung des schlesischen Feld-Artillerieregiments Nr. 6 (Schweidnitz); das Magdeburgische Füsilierregiment Nr. 36 (Halle); das 6. ostpreußische Infanterieregiment Nr. 43 (Lötzen, Insterburg, Gumbinnen); den Schluß macht das 2. schlesische Grenadierregiment Nr. 11, dessen 1. Bataillon am 10. Abends von Breslau, das 2. Bataillon mit dem Stab von Küstrin und das Füsilierbataillon am 11. Morgens ebenfalls von Küstrin hier eintrifft. Von den übrigen betreffenden Truppentheilen ist das 8. pommersche Infanterieregiment Nr. 61 bereits gestern von Spandau nach Hamburg abgegangen. Das 1. rheinische Infanterieregiment Nr. 25 wird am 2. Dez. von Köln nach Altona befördert. Am 10. und 11. k. M. begibt sich das rheinische Dragonerregiment Nr. 5 aus seinen Garnisonen Salzwedel und Gardelegen über Wittenberge nach den Herzogthümern.

Dem Vernehmen nach wird Se. Königl. Hoheit der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen noch vor Ablauf dieser Woche aus Wien hier wieder eintreffen. Vor seiner Weiterreise nach Düsseldorf verbleibt derselbe noch einige Tage zum Besuch am königl. Hof. — Das von mehreren Blättern verbreitete Gerücht, Se. Maj. der Kaiser von Rußland werde auf einer Reise zu seiner in Nizza weilenden erlauchten Gemahlin Anfangs Dezember nach Berlin kommen, entbehrt der Begründung. Der Kaiser begibt sich erst im Frühjahr nach Nizza. — Wie verlautet, wird Se. Maj. der König am Freitag den 2. k. M. auf dem Revier Königs-Wusterhausen eine Jagd abhalten. Zur Theilnahme an derselben haben außer andern hochgestellten Personen auch Hr. v. Bismarck, sowie der Finanzminister v. Bodelschwingh und der Kriegsminister v. Roon Einladungen erhalten.

Im Unterrichtsministerium sind Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf im Gange, durch welchen die Besoldungsverhältnisse der Lehrer an den Elementarschulen eine feste gesetzliche Grundlage erhalten sollen. Bei demselben handelt es sich namentlich um die Feststellung von Minimalgehalten, nach denen die Besoldungen der Lehrer zu regeln sind. — Gestern haben hier die Verhandlungen über eine Abänderung und Ergänzung des preußisch-französischen Handelsvertrages vom 2. August 1862 ihren Anfang genommen. Die Ministerialdirektoren v. Pommer-Esche, Delbrück und Philippsborn hielten gestern Vormittag mit dem französischen Bevollmächtigten, Hrn. de Clerq, die erste darauf bezügliche Konferenz ab. — Dem Vernehmen nach wird wahrscheinlich am Mittwoch 7. Dezbr. der feierliche Einzug der kombinirten Garde-Infanteriedivision, sowie des Leib-Grenadierregiments Nr. 8, des 3. Husarenregiments und einer Abtheilung der Garde-Artilleriebrigade in Berlin stattfinden. Ganz neuerdings soll vorläufig diese Anordnung getroffen worden sein. Demnächst würde zu Anfang der nächsten Woche die Rückbeförderung der Gardetruppen aus den Herzogthümern beginnen. — J. Maj. die Königin Augusta wird heute Abend gegen 10 Uhr von Weimar in Berlin eintreffen.

Berlin, 1. Dez. (Fr. J.) Die Brandenburger Division in den Herzogthümern hat gestern für den 4. Dez. Marschordre bekommen und wird am 9. in Berlin erwartet.

Wien, 29. Nov. Bei dichtgefüllten Tribünen begann heute im Abgeordnetenhause die Debatte über die Adresse. Das gesammte Ministerium (der ungarische Hofkanzler in der Ministerialloge) wohnte der Sitzung bei.

Der Berichterstatter Giskra entwickelte in seiner Einleitungsrede die Motive des Ausschusses, sich nicht mit einer Paraphrase der Thronrede zu begnügen, sondern mit allem Ernst auf die Fragen Antwort zu geben, zu deren Beantwortung der Reichsrath eben durch die Thronrede aufgefordert worden. Er warf zu dem Zweck einen Rückblick auf die Stimmungen und Erwartungen Oesterreichs zur Zeit der Berufung des Staatsministers, schilderte das hoffnungsvolle Vertrauen von damals, welches weder durch die jetzige Machtstellung, noch durch den Grad der Entwicklung des Verfassungslebens, noch durch den Zustand des Volksunterrichts der klerikalen, der wirthschaftlichen, der Finanzverhältnisse gerechtfertigt erscheine. Das Staatsschiff bewege sich nich vorwärts, auch nicht rückwärts, aber es drehe sich im Kreise. Die Freunde Oesterreichs werden ängstlich besorgt, und im Hause selbst sei das Vertrauen auf eine baldige und glückliche Regelung der Verhältnisse sehr gesunken. Erwuchs daraus dem Ausschuß die Pflicht zu freimüthigem Ausdruck der Ueberzeugung der Volksvertretung, so könne der Regierung dieser offene Ausdruck nur willkommen sein.

Für die Generaldebatte waren Mende (gegen), Graf Eugen Kinsky, Berger, Skene, Obert (Siebenbürger) und Sadil (Tscheche) — sämmtlich für den Entwurf eingeschrieben. Auch Abg. Mende erkennt an, daß der innere Ausbau nicht fortschreite, daß keine Anläufe zur Lösung der ungarischen Frage gemacht worden, daß im Volk die Meinung verbreitet sei, die jetzt tagende Versammlung solle weder des engern noch des weitern Reichsraths Funktionen erfüllen, sondern einzig das Budget, neue Steuern, Anlehen und Subventionen votiren. Er verlange nicht das Ausschütten der politischen und religiösen Freiheit wie aus einer Gießkanne, aber es geschehe doch zu wenig; er wolle nicht rapiden Fortschritt, aber auch keinen Stillstand. Doch würden seine Besorgnisse durch die neuerlichen Zusicherungen des Kaisers, aber auch nur durch diese, beschwichtigt. Eine längere Auseinandersetzung über die Trennung des engern vom weitern Reichsrath führte den Redner zu dem Resultat, daß beide Versammlungen alljährlich einzuberufen seien; Irrthum sei es, von dieser Trennung einen großen Einfluß auf die Stimmung Ungarns zu erwarten; da sei es viel wichtiger, die Militärgerichtsbarkeit aufzuheben, die Presse zu befreien, den Landtag einzuberufen. Dem Vertrauen werde auch Vertrauen entgegenkommen.

Graf E. Kinsky: Die Lage des Reichs sei eine sehr bedrängte, dem ministeriellen „Wir können warten!" töne ein allgemeines „So kann's nicht fortgehen!" entgegen. Auf finanziellem Gebiet herrsche rapider Rückschritt, Marocco erhalte billiger Geld als Oesterreich, letzteres bekomme auch manchmal gar kein Geld. An Thiers' Ausspruch erinnernd, daß in Frankreich seit 1852 die Staatsbedürfnisse um 53 Prozent gestiegen seien, behauptet der Redner, daß die Steigerung in Oesterreich 160 Proz. betrage. Aehnlich gestalte sich das Verhältniß der Staatsschuld. Dringendstes Erforderniß, um aus diesem Zustand herauszukommen, sei die Lösung der italienischen Frage, d. h. das Aufgeben der Unterstützung verrotteter Zustände. Der Redner geht dann auf eine Kritik der frühern Leitung der auswärtigen Politik über, deren Schwanken Oesterreich isolirt habe. Leider stehe es um die innere Politik wenig besser, noch immer warte man auf die Erfüllung der Verheißungen in der Thronrede vom Jahr 1861, auf das Erstreben der Einheit durch die Freiheit. Die gesonderte Einberufung des weitern Reichsraths hätte mit dem Reichstag vereinbart werden sollen, für die Verhängung des Belagerungsstandes sei keine Dringlichkeit vorhanden gewesen wenige Tage nach Schluß der Reichsraths-Session, und lange nach Erstickung des Aufstandes in Russisch-Polen. Nach Berührung der Internirungen, Auslieferungen 2c. schließt Redner: Für das Haus sei jetzt der Augenblick der Thaten gekommen, an jede Bewilligung müssen Bedingungen geknüpft werden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Berger: Die Lage des Staates fordere auf zur Umkehr. Redner wirft einen Blick auf die äußere Politik und meint, wenn auch das Gebiet der Mittel, welche die Diplomatie anwendet, nicht besprochen werden könne, so seien es doch die Erfolge, deren Besprechung in die Kompetenz des Hauses gehöre. Oesterreich sei isolirt in der großen Staatenfamilie; keiner der andern Großstaaten sei uns freundschaftlich gesinnt. Aus der ganzen europäischen Stellung ergebe sich, daß Oesterreich nur einen natürlichen und werthvollen Bundesgenossen habe, das ist das außerpreußische Deutschland; und soll Oesterreich diese Bundesgenossenschaft für sich erhalten, so darf es nicht nur mit Preußen keine Vormachtpolitik treiben, sondern muß dessen Sonderbestrebungen energisch entgegentreten. Mehr Werth als alle Allianzen habe aber die Erstarkung des Reiches nach innen. Von Oesterreich gelte der Spruch, den Italien von sich aufstellte; sowie dieses sagte: „Italia farà da se", so müsse Oesterreich sagen: Austria farà da se. (Bravo.) Aber in den innern Fragen sei ebenso die Umkehr nothwendig, sowohl auf dem Gebiet der Verwaltung als der Finanzen. Redner bespricht die Verfassungsfrage. Die Februar-Verfassung sei eine bloße Skizze; Oesterreich sei gar nicht konstitutionell, die Regierung paralysire alle Bestrebungen der Vertretungskörper. Wie könnte man also glauben, daß Ungarn sich danach sehne, in diese Verhältnisse einzutreten! Hat man die Verwaltung in neue Geleise geführt? Das alte Oesterreich ist es, welches unter der protokollirten Firma des „neuen" seine alten Geschäfte fortführt; das absolute Defizit ist ein konstitutionelles geworden. Der Heißhunger unserer Reichsfinanzen habe der Urproduktion das Kapital entzogen. Mit dem Wuchergesetz habe man die Urproduktion zu Tode geschützt. (Sehr wahr!) Schließen möchte er mit dem Ausspruch Friedrich's des Großen: „Welchen Boden, welche Quellen hat dieses unerschöpfliche Reich? Seit Jahren arbeiten seine Minister an seinem Ruine und sind nicht im Stande, es zu Grunde zu richten." (Allgemeine Heiterkeit.) Möchten unsere Minister derart ihres Amtes walten, daß man von ihnen nicht ein Gleiches sage. (Großer Beifall.)

Abg. Skene: Wo stehen wir seit den vier Jahren des Friedens? Wir stehen vor dem Steueranlehen. Vor vier Jahren fiel der Vorhang über einen traurigen Abschnitt der Geschichte; jetzt sagt man, Oesterreich könne eine Verfassung nicht ertragen. Er glaube das Gegentheil; was er aber nicht billigen könne, sei eine sterile Verwaltung, die sich zu Allem drängen läßt. Er fordere auf, alle Zahlen zusammenzuzählen, welche seit drei Jahren alten überlieferten Traditionen geopfert wurden. Betrachtet man die Kreditoperationen, so finde man die verwerflichsten Mittel. Wir stehen schon vor dem Zehn-Gulden-Loos, wir kommen bald zum Ein-Gulden-Loos. In der ersten Session sei Etwas geschehen, seitdem sei Nichts mehr gethan worden. Vor Allem bedürfe man eines Handelsministers, die Bildung eines eigentlichen volkswirthschaftlichen Ministeriums sei dringend nothwendig. Redner schließt, indem er der Regierung empfiehlt, im letzten Moment umzukehren. Eine schwache Regierung könne man nicht unterstützen.

Abg. Obert erklärt sich mit der Adresse vor Allem deßwegen einverstanden, weil sie an der Reichseinheit unverbrüchlich festhalte. Er wünscht vornehmlich die Pflege der bundesrechtlichen Verhältnisse.

Abg. Sadil meint, die am Anfang der neuen Aera gegebenen Versprechungen des Ministeriums hätten sich nicht verwirklicht. Die Steuern hätten eine unerträgliche Höhe erreicht, und dennoch steige die Staatsschuld. Die politische Freiheit seufze noch unter Gesetzen, die mit solcher Ausdauer aufrecht erhalten werden, daß man zweifeln müsse, die Regierung habe ernste Absicht, durchgreifende Reformen vorzunehmen. Für die Hebung der Landwirthschaft und Industrie geschehe gar nichts. Redner befürwortet den engsten Anschluß an Deutschland, selbst für den Fall, daß Oesterreich am Bunde majorisirt wird.

Da Niemand mehr das Wort verlangt, wird die Generaldebatte ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schlossen. Der Berichterstatter, Dr. Giskra, konstatirt mit Vergnügen, daß weder in dem Hause noch von der Ministerbank gegen die Betonung der nothwendigen Umkehr Einsprache erhoben worden sei. Es wird sodann zur Spezialdebatte geschritten.

Wien, 30. Nov. (W. T.-B.) Der Einzug der vom Kriegsschauplatz zurückgekehrten Truppen, den F.M.L. v. Gablenz an der Spitze, hat heute Vormittag stattgefunden. Eine ungeheure Menschenmasse war auf den Beinen, und freudige Zurufe ertönten, besonders auf der festlich geschmückten Ringstraße. Der Kaiser besichtigte die Truppen und hielt an das Offizierkorps eine Ansprache, in der er sagte: „Die Truppen des 6. Armeekorps haben meine Erwartungen erfüllt. Sie haben unsere Fahne hochgehalten, sie getragen von Sieg zu Sieg, und gewetteifert mit den Truppen meines erhabenen Verbündeten in Tapferkeit und Ausdauer. Mit Wehmuth gedenke ich der auf dem Felde der Ehre Gefallenen. Ihrem tapfern Führer, sowie allen am Feldzug betheiligten Abtheilungen der Armee und Flotte spreche ich mit Stolz meinen und des Vaterlandes Dank aus." Die Ansprache wurde mit begeistertem Jubel aufgenommen. Vorher hatte der Kaiser die neuerbaute Aspernbrücke eröffnet und der Baukommission sein Vergnügen ausgedrückt, eine Brücke eröffnen zu können, deren Namen an eine für Oesterreich so glorreiche Epoche erinnere. Zugleich sprach er seine Befriedigung darüber aus, daß die Eröffnung gerade an dem Tage stattfinden konnte, wo aus dem Norden Deutschlands die siegreichen Truppen zurückkehren.

Wien, 30. Nov., Abends. (Fr. J.) Sofort nach der demnächst bevorstehenden Räumung Holsteins von Seiten der Exekutionstruppen steht ein Antrag der Mittelstaaten am Bunde bevor, auf Zulassung eines Augustenburgischen Bevollmächtigten behufs Ermöglichung eines zu konstituirenden Bundes-Austrägalgerichts, welchem Antrag Oesterreichs Stimme gesichert sei. Aus hieher gelangten Gesandtschaftsdepeschen wird der Abzug der hannover'schen Truppen aus den Herzogthümern ehestens geschehen.

Italien.

* **Turin,** 29. Nov. Die Mitglieder der Majorität der Deputirtenkammer haben eine Versammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, die Diskussion der Gesetzentwürfe hinsichtlich der gesetzlichen Unifikation des Königreichs Italien zu beschleunigen.

Turin, 1. Dez. (Sch. M.) Im Senat antwortete Lamarmora auf die Angriffe Ricotti's gegen die Konvention. Er protestirte gegen die Unterstellung, daß Frankreich den Besitz eines Stücks italienischen Gebiets begehre, und sagte, Venetien sei für Oesterreich nur eine Frage der Eigenliebe; Deutschland könne unmöglich glauben, daß der Besitz Venetiens zu seiner Sicherheit nothwendig sei.

Frankreich.

* **Paris,** 30. Nov. Der „Constitutionnel" bespricht heute die politische Lage Deutschlands, und indem er des Mißfallens erwähnt, den das Auftreten Oesterreichs in Berlin errege, nachdem Hr. v. Bismarck sich damit geschmeichelt habe, diese Großmacht durch seine Zugeständnisse in der Handelsfrage gewonnen zu haben, meint er, daß man sich dennoch der Hoffnung hingebe, Oesterreich werde auf Grund seiner finanziellen Bedrängnisse die Sache nicht bis zu einem Bruch treiben, und daß es genöthigt sein werde, die Sachen ihren Weg ziehen zu lassen. Bis jetzt jedoch rechtfertige Nichts diese Ansicht, und wenn das Wiener Kabinet vermeide, sich in offenen Widerstand gegen dasjenige von Berlin zu setzen, so weiche es doch sorgsam allen Vorschlägen aus, die es verpflichten könnten.

Auch das „Journ. des Déb." beschäftigt sich mit der Lage Deutschlands. Zunächst, meint es, sei die Frage zu lösen: Ist Grund vorhanden oder nicht, die Bundesexekution in Holstein zu verlängern? Und welches ist in diesem Falle die Macht, der es zukommt, die Beendigung der Exekution zu dekretiren?

Vom Standpunkt des Rechts aus — sagt das „Journ. des Déb." — ist es der Bund, der die Bundesexekution und das Aufhören dieser Maßregel dem Bundesfürsten kundgibt, bei dem die Exekution vorgenommen ist; aber thatsächlich weiß Niemand mehr, wer der Herrscher der Herzogthümer ist, und ob die österreichisch-preußische Intervention ihr Werk für, ohne oder gegen den Deutschen Bund verfolgt hat... Dem deutschen Recht und den Akten von 1815 zufolge ist die Souveränetät von Schleswig-Holstein für den Augenblick vakant, und man begreift, daß nur der Deutsche Bund Ansprüche darauf machen kann, die Herzogthümer während des Interregnums zu regieren. Dem letzten Vertrag von Wien zufolge haben die Herzogthümer im Gegentheil augenblicklich keinen andern Herrscher, als Preußen und Oesterreich, denen der König von Dänemark sie überlassen hat, und deren Ueberlassung sie aus den Händen des Königs von Dänemark entgegengenommen haben. Wenn die Bundesexekution jetzt noch fortdauert, so ist sie also gegen Oesterreich und Preußen gerichtet; wenn sie nicht fortdauert, so kann es geschehen, daß der Bund zwei Bundesgenossen von vierzig unter sich allein einen Bundeskonflikt entscheiden läßt. Möge sich aus der Sache ziehen, wer es kann!

Das „Journ. des Déb." meint, daß Preußen es nie wagen werde, aus Unwillen gegen Oesterreich die Sachen auf's Aeußerste zu treiben, um Deutschland zu zerreißen. Andererseits zwängen Oesterreich seine Interessen und seine Isolirung in Europa, Preußen nie gewaltsam zu reizen. Diese ungewisse und zweideutige Lage werde mithin die Frage Schleswig-Holsteins noch sehr lange dauernd machen.

♁ **Paris,** 30. Nov. Der Hof wird, statt am 15., schon am 9. Dez. in Paris erwartet; doch hat diese vorgeschobene Rückkehr nichts mit der Politik zu thun. — Das politische Interesse konzentrirt sich in diesem Augenblick auf die Vorgänge in Deutschland; verschiedene Blätter verhehlen kaum ihre Schadenfreude über die Zwietracht im deutschen Lager. — Die Turiner Nachrichten schreiben der Abdankung des Generals Türr eine gewisse Bedeutung bei in dem Augenblick, wo die Aktionspartei eine venezianisch-ungarische Insurrektion vorbereitet. Die zu diesem Zweck eingesammelten Beiträge belaufen sich auf 1 Million, und von verschiedenen Seiten treffen Gewehre ein, schon mehr als 12,000, welche an die verschiedenen Waffendepots vertheilt werden.

Der französische Gesandte zu Washington wurde angewiesen, dem Präsidenten Lincoln wegen des verhinderten Auslaufens von 4 durch Juaristen ausgerüsteten Kaperschiffen — Corsaires oder „pirates", wie der „Constitutionnel" sie nennt — die Befriedigung der kaiserl. Regierung auszusprechen. — Der französische Gesandte in Berlin, Hr. Benedetti, wird nochmals nach Paris kommen, bevor er die Leitung der Gesandtschaft definitiv antritt. — Die Verhandlungen wegen der Dreizehn wurden heute fortgesetzt. Marie war abwesend; es sprachen Grevy, Picard und (im Augenblick, wo ich Ihnen schreibe) Berryer.

Wir sind entschlossen — sagte der Vertheidiger Hr. E. Picard, bekanntlich einer der Oppositions-Abgeordneten — statt dasselbe Verfahren einzuschlagen, um der Demokratie, die man ersticken will, und um dem allgemeinen Stimmrecht, das man entstellte, den wahren Charakter wieder zu verschaffen. Wir werden stets bestrebt sein, die Wähler und das Land aufzuklären; wir werden stets mit Freude sehen, daß, trotz aller Behinderungen, die Kandidaten der konstitutionellen Opposition in einigen Departements siegten.

Börse. Die Consols kamen mit 1/4 Baisse; die Berichte vom englischen Geldmarkt lassen eher auf eine Wiedererhöhung als weitere Herabsetzung des Bankdisconto's schließen. Dennoch schließt man hier in Hausse, was jedoch zunächst eine Folge der Platzverhältnisse Angesichts der Prämienbeantwortung zu sein scheint und weder auf den Verlauf der Liquidation (morgen und übermorgen) und noch weniger auf die Haltung der Kurse nach derselben einen Schluß gestattet. Rente bleibt 65.20, Cred. Mob. 898 nach 905, ital. Anl. 65.35.

Spanien.

* **Madrid,** 29. Nov. Die „Epoca" bemerkt, der Finanzminister habe sich der Hilfsquellen versichert, um die Ausgaben des Endes des Jahres zu bestreiten.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Nov. (Nat.-Ztg.) Der Departementschef im frühern schleswig'schen Ministerium, Etatsrath Regenburg, wird sich in kurzem nach Flensburg begeben und dort Namens der dänischen Regierung das in dem hiesigen Kanzleigebäude aufbewahrte schleswig'sche Archiv an die preußisch-österreichischen Zivilkommissäre ausliefern. — Der neuesten „Bekanntmachung für die Armee" zufolge wird das Armee-Oberkommando Ende d. M. aufgehoben werden und der bisherige Oberbefehlshaber, General v. Steinmann, darauf den Posten eines kommandirenden Generals auf Fünen und in Jütland übernehmen. — Der Generalstabs-Hauptmann Schöller ist in Gemäßheit der Art. 5 und 6 des Friedensvertrages zum Mitglied der internationalen Grenzregulirungs-Kommission, und der Direktor im Marineministerium, Etatsrath Eskildsen, in Gemäßheit des Artikel 13 desselben Vertrages zum Mitglied der internationalen Schadenersatz-Kommission ernannt worden. Die „Berling. Ztg." meldet die Errichtung einer Zollgendarmerie von 100 Mann zur Bewachung der von dem preußischen General v. Falckenstein festgestellten jütländischen Zolllinie. Außerdem bewacht die ehemalige holsteinische Zollgendarmerie zur Abwehr und Ermittelung von schleswig'schen Schmugglern die Westküste der Insel Fühnen. Später wird sowohl diese wie die frühere schleswig'sche Gendarmerie nach dem südlichen Jütland verlegt werden. — Die konservative „Flyvepost" theilt zur Entgegnung der eiderdänischen Angriffe auf den konservativen „Augustverein" mit, daß dieser Verein jetzt nahezu 1200, daß dagegen der von den Redakteuren Ploug und Bille gegründete und geleitete eiderdänische „Märzverein" trotz seiner „ungemein vortheilhaften Eintrittsbedingungen" nur 190 Mitglieder zähle.

Unter den so eben pensionirten Beamten befinden sich auch der Bundestags-Gesandte in Frankfurt, Geh. Konferenzrath Baron Dirckink-Holmfeld, und der Gesandte in Wien, Generalmajor J. v. Bülow.

Griechenland.

Athen. König Georg hat unter'm 12. Nov. folgende Botschaft an die Nationalversammlung gerichtet:

Georg I., König der Hellenen, an den Präsidenten der Nationalversammlung. Herr Präsident! Indem ich Ihnen den Text der Verfassung zurücksende, die von der Nationalversammlung votirt und mir durch einen Ausschuß überreicht wurde, drücke ich ihr meinen aufrichtigsten Dank aus für den Eifer, womit sie ihre Arbeiten zu Ende brachte. Indem ich die Verfassung annehme, werde ich den von ihr festgesetzten Eid leisten. Da aber meine Minister mir vorstellten, daß der Nationalversammlung Vorschläge gemacht wurden, die darauf abzielen, auf konstitutionelle Weise für die Staatsbedürfnisse zu sorgen, vom Anfang des Jahres 1865 bis zur Einberufung der Kammer, und die Vorbereitungen zu den Deputirtenwahlen anzubahnen, so habe ich auf den Wunsch meiner Minister beschlossen, Montag den 16. (28.) Nov. die Verfassung zu unterzeichnen und den Eid auf dieselbe zu leisten. Vorher aber muß ich die Nationalversammlung auf zwei Artikel der neuen Konstitution aufmerksam machen. Unlängst an meine Regierung gerichtete Vorstellungen lenkten ihre Aufmerksamkeit auf Artikel 2 der Verfassung, kraft dessen die Geistlichen der abendländischen (römisch-katholischen) Kirche in Griechenland griechische Staatsbürger sein müssen. Ich ersuche demnach die Nationalversammlung, diesen Artikel neuerdings in Erwägung zu ziehen, nicht um Rechte, die dem Staate gebühren, zu schwächen, sondern um die Regierungsthätigkeit zu erleichtern, die stets diese Rechte aufrecht zu erhalten streben wird, insofern nicht internationale Verpflichtungen denselben Grenzen setzen. Indem ich die ungehemmte und nicht durch allzu lange Zeiträume verhinderte Revision jener Verfassungsartikel für nützlich erachte, welche das nationale Urtheil und die Erfahrung als mangelhaft darstellen sollten, überlasse ich es dem Patriotismus der Nationalversammlung, eine praktischere und den Interessen der Nation entsprechendere Revisionsweise, wie sie dieselbe in ihrer Weisheit ausfindig machen kann, zu votiren. Mit dem festen Willen, für immer alle meine Kräfte dem Dienste unseres theuern Vaterlandes zu widmen, und mit dem Wunsche, daß die neue Verfassung durch eine aufrichtige und einsichtsvolle Ausübung der Gewalten, die sie einsetzt, zum Wohle des Vaterlandes beitrage, sende ich der Nationalversammlung meinen königl. Gruß. — Athen, 31. Oktober 1864 alten Styls. Georg. Die Minister: Kanaris, Kumunduros, Karnalis, Delyziannis, Lantos und Sotiropulos.

Dieses Schreiben machte einen viel bessern Eindruck als die erste königl. Botschaft. Es wurde auch sogleich die Diskussion über den Artikel 2 eröffnet, und derselbe nach dem in der Botschaft ausgedrückten Wunsche abgeändert, so daß also auch fremde Staatsbürger in Griechenland das Amt eines (römisch-)katholischen Geistlichen versehen dürfen. Die Abänderung der Verfassung in Bezug auf ihre Revision kommt nächstens zur Sprache. Ein Dekret der Nationalversammlung entzieht den Universitätsprofessoren das Recht, einen Abgeordneten zu wählen. Vergebens bemühten sich einige der tüchtigsten Redner, dies zwanzigjährige Recht aufrecht zu erhalten. Auf Veranlassung des Ministers Kumunduros hat die Nationalversammlung mit 178 gegen 117 Stimmen dem Ministerium ein Vertrauensvotum ertheilt.

Amerika.

* **Neu-York,** 19. Nov. (Mit dem „North-American".) Die Nachrichten aus Georgien entbehren noch immer der Klarheit. Alte Gerüchte wiederholen sich und die in ihnen liegenden Widersprüche. Blätter des Westens, sowie die südstaatliche Presse halten die Angabe aufrecht, daß die Bundesarmee Atlanta nach Zerstörung der öffentlichen Gebäude, der Fortifikationen und der Schienenwege im Norden und Süden der Stadt geräumt habe; als das Datum des Abzuges wird der 12. d. genannt. Amtliche Bestätigungen fehlen indeß noch, wie auch Sherman's Bewegungen noch in Dunkel gehüllt erscheinen. Ob es wahr ist, daß er den Marsch nach Macon und Augusta angetreten hat, um einen Schlag gegen Savannah oder Charleston auszuführen; daß er eine Kolonne seiner Armee nach Selma in Alabama entsandt hat, wie Richmonder Blätter behaupten, oder daß er gegen Lynchburg im Anzug ist, um mit den nordstaatlichen Heeren in West- und Süd-Virginien zu kooperiren, läßt sich nach den einstweilen vorliegenden Berichten nicht entscheiden. Zu dem letzterwähnten Gerücht würde die Angabe stimmen, daß Early das Shenandoah-Thal aufwärts zurückmarschirt sei, um dem heranziehenden Sherman den Weg zu verlegen; man fügt hinzu, daß General Sheridan sich zur Verfolgung Early's aufgemacht habe. Es heißt weiterhin, daß Sherman im östlichen Tennessee den General Gillem und im westlichen den General Thomas zurückgelassen habe, um Forrest und Hood im Schach zu halten. Hood soll seine Armee, die man auf 30,000 Mann schätzt, bei Florence im nordwestlichen Alabama konzentrirt haben, während Breckinridge, nachdem er am 13. dem General Gillem eine Niederlage beigebracht und 400 Kriegsgefangene, sechs Geschütze und die Vorräthe erbeutet, Bull's Gap in Ost-Tennessee wiedererobert hat. Bei der Einnahme Johnstonville hat Forrest südstaatlichen Blättern zufolge 14 Transportschiffe, 4 Kanonenboote, 33 Geschütze und Vorräthe im Werth von 3 Mill. Doll. genommen oder zerstört. Von Beauregard wird berichtet, daß er mit bedeutenden Streitkräften von Korinth gegen Memphis abmarschirt sei. — Aus Mobile meldet eine Depesche, daß die Südstaatlichen Morganzin (? Morganie am Mississippi, oberhalb Port Hudson) in Louisiana eingenommen und 1900 Mann zu Gefangenen gemacht hätten.

Domingo. Die Insurgenten haben Polenco zum Diktator ernannt, im Glauben, daß die Spanier das Land verlassen werden. Sie haben bei Juan d'Olio einen spanischen Transportzug abgefaßt.

Baden.

Offenburg, 29. Nov. (Oberrh. Kur.) Vergangene Nacht wurde dahier ein sehr frecher Diebstahl verübt in dem untern Stock eines Wohngebäudes in der Vorstadt. Eine mehrere Zentner schwere eiserne Kiste, wohlverschlossen, mit 450 fl. baarem Geld und mit Werthpapieren von noch nicht genau ermitteltem Betrag war der Gegenstand des Verbrechens. Die Diebe bohrten den äußern Laden eines Kreuzstockes zu ebener Erde an, drückten die Fensterscheiben ein und führten dann die Kiste auf einem zu diesem Zweck weggenommenen Wägelchen fort. Heute fand man dieselbe erbrochen bei der Eisenbahn-Brücke, den Hammer, mit dem sie geöffnet wurde, neben dem Schrank. Der Eigenthümer hatte in letzter Zeit bedeutende Zahlungen empfangen, wovon die Thäter wahrscheinlich Kenntniß erhalten hatten. Glücklicher Weise war aber ein großrr Theil des Geldes wieder ausgegeben worden.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 29. Nov. Dem „Beobachter" zufolge wird am 27. Dez. eine Landesversammlung der württembergischen Volkspartei zu Eßlingen stattfinden, in welcher die Verfassungsrevision und die Abschaffung der lebenslänglichen Anstellung der Ortsvorsteher berathen werden sollen.

— München, 29. Nov. Der vormalige Finanzminister im Ministerium Abel, Graf Karl v. Seinsheim, ist heute früh im 81. Lebensjahr gestorben.

— Bern, 30. Nov. Zum Chef des eidg. statistischen Bureau's ist Hr. Dr. Max Wirth in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

30. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 3,76'''	+ 2.5	N.O.	ganz bew.	trüb, frisch,
Mittags 2 „	„ 3,16''	+ 4.0	„	rein	heiter „
Nachts 9 „	„ 2,93''	+ 3,0	„	stark bew.	trüb „

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 2. Dez. 4. Quartal. 135. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Der Templer und die Jüdin;** große romantische Oper in 3 Akten, Musik von Marschner.

Z.q.484. Karlsruhe. Verwandten und Bekannten theile ich die traurige Nachricht von dem schnellen Tode meines geliebten Bruders, des großh. Hauptmanns Theodor Rayle, mit und bitte um stille Theilnahme.

Im Namen der Eltern und Geschwister:
Rayle, Oberlieutenant.

Z.q.475. Mannheim. Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meine innigst geliebte Gattin, Hedwig, geb. Bekk, in das bessere Jenseits abzuberufen.

Sie verschied nach fünfmonatlichem schwerem Leiden, welches sie gottergeben ertrug, am 29. d. M., Morgens 2½ Uhr, im nicht vollendeten 38. Lebensjahre.

Ich bitte um stille Theilnahme.

Mannheim, den 30. November 1864.

Dr. F. Roßhirt,
großh. bad. Oberhofgerichtsrath,
für sich und die übrigen Hinterbliebenen.

Z.q.464. Bei **F. A. CREDNER**, k. k. Hof-Buch- und Kunsthändler **in Prag**, sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in ***Karlsruhe*** in der ***G. Braun'schen Hofbuchhandlung:***

Sacher-Masoch, Leopold,
Kaunitz.
Ein kulturhistorischer Roman. 2 Bde. 8. geh. 3 fl. 36 kr.
I. Band. Kaunitz u. Voltaire. II. Band. Die Epigramme Friedrich des Grossen.

Die polnische Insurrection 1863 vor Europa.
Autorisirter Abdruck der Antwort der „Kölnischen Zeitung" auf den Artikel des Herrn von Mazade in der Revue des deux mondes. 8⁰. geh. 27 kr.

Der Sommerfeldzug des
Revolutionskrieges in Siebenbürgen im Jahre 1849.
8⁰. geh. 1 fl. 27 kr.

Polnische Revolutionen.
Erinnerungen aus Galizien. 8. 1863. geh. 2 fl. 54 kr.
Se. k. k. Apost. Majest. der Kaiser von Oesterreich haben Allergnädigst geruht, dieses Werk für Allerhöchst Ihre Privatbibliothek anzunehmen.

Sacher-Masoch, Leopold,
Der Emissär.
Eine galizische Geschichte. 8. geh. 51 kr.

Z.q.486. Karlsruhe. Der Unterzeichnete empfiehlt den geehrten Kunstfreunden als so eben erschienen:

Ansicht von Freiburg im Breisgau,
nach der Natur gezeichnet und gestochen von Professor **Ed. Willmann.**
Preis auf chinesisches Papier 7 fl.
Bildet Pendant zu den bekannten Ansichten von Baden-Baden und Heidelberg von demselben Künstler.

Karlsruhe. **J. Velten,**
Hofkunsthandlung.

Z.q.439. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Da sich das Theaterjahr 1864 mit Ende d. M. schließt, so werden diejenigen Logeninhaber und Hauptabonnenten, welche nicht gesonnen sind, das Abonnement für das Jahr 1865 zu erneuern, ersucht, sich hierüber alsbald und längstens bis zum 15. Dezember d. J. schriftlich anher zu erklären, indem, wenn bis zu diesem Tage keine schriftliche Aufkündigung erfolgt, dieses für Jene, welchen nicht Seitens der Hoftheater-Verwaltung gekündigt wird, als eine rechtsverbindliche Erklärung der ferneren Beibehaltung der betreffenden Plätze im Jahres-Abonnement nach den Bestimmungen der bestehenden Abonnements- und Logen-Ordnung angesehen wird.

Anfragen um Plätze und hierauf bezügliche Aufträge wollen bei dem Logenbeschließer Schuh, wohnhaft im Hause Nr. 17 der Kleinen Herrenstraße, gemacht werden.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß, daß mit dem 1. Januar 1865 ein neues Jahres-Abonnement auf den Theaterzettel eröffnet wird, dessen Preis 1 fl. 12 kr. beträgt.

Die Zettelträger werden zu Anfang des Jahres Unterzeichnungslisten vorlegen.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1864.
General-Administration der großh. Kunstanstalten.

Z.q.467. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Für den direkten Güterverkehr im mitteldeutschen Eisenbahn-Verband tritt mit dem 1. Dezember l. J. ein neues Reglement und ein neuer Tarif in Wirksamkeit, welche von den bisher giltigen sehr wesentlich verschieden sind.

Sämmtliche im Tarif benannten Stationen werden hierüber Auskunft ertheilen und die Verbandstationen einzelne Exemplare sowohl von dem Reglement als von dem Tarif gegen Ersatz der Anschaffungskosten abgeben.

Karlsruhe, den 30. November 1864.
Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Z.q.476. Karlsruhe.

Zur Wahl in den ärztlichen Ausschuß

werden nach der heute abgehaltenen Versammlung des Durlacher ärztlichen Vereins vorgeschlagen:

Alt, Mannheim; **Battlehner**, Renchen; **Kusel**, Karlsruhe; **Lederle**, Staufen; **Meier** (Ed.), Karlsruhe; **Schweikart**, Schopfheim; **Wagner**, Mühlburg.

Karlsruhe, den 30. November 1864.

Z.q.485. Bei uns traf so eben ein:

Gothaer Hofkalender 1865	**2 fl. 42 kr.**
Almanach de Gotha 1865	**2 fl. 42 kr.**
Taschenbuch der gräfl. Häuser 1865	**3 fl. — kr.**
desgl. der freiherrl. do. 1865	**3 fl. — kr.**

Karlsruhe, den 2. Dezember 1864.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Z.q.315. Karlsruhe.

F. MAYER & COMP.
Großherzogl. Hoflieferanten,
Carl-Friedrich-Strasse Nr. 23,
Karlsruhe.

Wir empfehlen unser reich assortirtes Lager von:

Porzellan- und Glaswaaren,
Metall-, Holz- und Lederwaaren,
Galanterie-, Luxus-, Fantasie- und **Kunstgegenständen**
in sehr grosser Auswahl.

Britannia-Metall,
Thee- und Kaffeegeschirre.

Orfévrerie Christofle:
Bestecke und Tafelgeräthe.
Thee- und Kaffee-Service etc.
zu den festgesetzten Fabrikpreisen.

Tafel-, Dessert- und THEE-SERVICE, **Vasen, Flacons,** Tassen, Toilettegarnituren, weiß, vergoldet und dekorirt in **Porzellan und Steingut.**

Crystall-Service, Caraffen, *Gläser, Zuckerschalen,* Punschterrinen, Zuckerwasser-, Bier- u. LIQUEUR-SERVICE.

Lackirte Blechwaaren.

Bronze- und Kunstguss-Waaren, *Leuchter, Schreibzeuge etc.* Figuren, Gruppen.

Reise- u. Arbeits-Necessaires. Ledertaschen.

Cigarren-Etuis, Portemonnaies, PHOTOGRAPHIE-ALBUMS.

Luxusmöbel.

Caves à Liqueur. Thee- und ZUCKERKASTEN.

PENDULES.

Erdöllampen aller Art.

Moderateur-Lampen in Bronze, Glas und Porzellan.

Lustres, Candelabres und Leuchter.

Theekessel in Kupfer, Plaqué und Messing, ächt russische Samowars.

Japanische und chinesische ***Lack- u. Porzellan-Waaren.***

Echt Englische **Rasir-Messer u. Nadeln.** Reitpeitschen und ***Reit-Stöcke.***

Theaterperspective von den besten Fabriken.

Fächer, Flacons. Tabatièren und FEUERZEUGE. Wiener Meerschaumwaaren.

THEE von vorzüglicher Güte.

Cölnisches Wasser.

Unsere Weihnachts-Ausstellung
ist mit dem **Neuesten** sowohl in **Luxus-** als **praktischen Gegenständen** aller Art auf das reichhaltigste ausgestattet, und wir erlauben uns zum Besuche derselben ergebenst einzuladen.

Z.q.482. Karlsruhe.

Aufforderung.

Diejenigen Geschäftsleute, welche an die großh. Hofverwaltung Forderungen zu machen haben, werden des Jahresrechnungsschlusses wegen hiermit aufgefordert, ihre deßfallsigen Rechnungen längstens bis zum **15. Dezember d. J.** bei den betreffenden Hofverwaltungsstellen einzureichen.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1864.
Großh. Hofrechnungs-Kontrol-Kammer.

Lehrergesuch. Z.q.477. Zur Ertheilung am Unterricht in den Sprachen wird für eine erweiterte Schule sogleich ein wissenschaftlich gebildeter Lehrer gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stellegesuch.

Z.q.478. Ein gebildeter, lediger Mann, im Schreiben gewandt, und überhaupt mit Comptoirarbeiten vertraut, sucht unter bescheidenen Ansprüchen baldigst eine Stelle. Derselbe besorgte während seiner Militärdienstzeit bei mehreren Auditoraten die Aktuarsgeschäfte, und könnte daher auch bei einem Bezirksamte oder Amtsgerichte verwendet werden. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stellegesuch. Z.q.479. Ein junger Mann (isr. Konf.), 20 Jahre alt, sucht eine Stelle als Volontär in einem Weingeschäft. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.q.471. Karlsruhe.

Soumissions-Begebung für Steinhauer.

Behufs der Aufstellung eines Eisengeländers sollen circa 3000 Fuß Sockelsteine von rothem Sandstein im Wege der Soumission in Akkord gegeben werden

Die etwaigen Unternehmer werden aufgefordert, ihre diesfallsigen Angebote schriftlich und versiegelt bis zum 15. Dezember d. J. bei unterzeichneter Stelle einzureichen, wo inzwischen auch täglich Vormittags von 9—11 Uhr die Bedingungen eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1864.
Großh. Garten-Inspektion.
Mayer.

Z.q.481. Nr. 878. Graben. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald Kammerforst werden von Dürrhölzern versteigert,

Freitag den 9. Dezember l. J.:

66½ Klafter buchenes, 60¾ Klftr. eichenes und 6¼ Klftr. gemischtes Scheitholz; 69 Klftr. buchenes und 51 Klftr. gemischtes Prügelholz; 60½ Klftr. gemischtes Stockholz und 1450 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 8½ Uhr im Kammerforst beim Pürschgarten.

Samstag den 10. Dezember l. J.:

82 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- und Nutzholz; 3 starke Stämme Eschen, Nutzholz, und 2 Stämme Forlen, Bauholz.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Kammerforst beim Kreuzweg.

Graben, den 28. November 1864.
Großh. bad. Bezirksforstei.
Menzer.

Z.q.458. Donaueschingen.

Gesuch eines Bauassistenten.

Die unterzeichnete Stelle sucht einen geschäftsgewandten Gehilfen, und ladet die hiezu lustragenden Bauprakticanten oder Bauassistenten, welche schon bei Bezirks-Bauinspektionen beschäftigt waren, ein, ihre Meldungen unter Anschluß von Zeugnissen und Angabe ihrer Eintrittsbedingungen bis 15. Dezember portofrei bei derselben einzureichen.

Donaueschingen, den 28. November 1864.
Großh. Bezirks-Bauinspektion.
L. Diemer.

Z.q.462. Durlach.

Hausversteigerung.

Herr Bezirksförster Löffel dahier läßt
Montag den 12. Dezember d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
im hiesigen Rathhause nittelst öffentlicher Steigerung verkaufen:

Das im Jahr 1847 neuerbaute, massive, dreistöckige, im besten Zustand befindliche Haus mit Hof Nr. 60 der Hauptstraße hier. Im untern Stock befinden sich ein 7 Fuß breiter Hausgang, ein Kaufladen mit zwei Schaufenstern und besonderm Eingang von der Straße, ein Comptoir, ein Magazin, Holzremise und Waschküche. Im zweiten Stock 4 Zimmer, das eine mit einem Alkov und einer Küche. Der dritte Stock enthält ganz das Gleiche wie der zweite Stock. Ferner enthält das Haus vier Speicherkammern und drei gewölbte Keller.

Durlach, den 29. September 1864.
Bürgermeisteramt.
Wahrer.
vdt. Siegrist.

Z.p.151. Nr. 13,810. Offenburg. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 28. auf den 29. d. Mts. wurde dem Cajetan Armbruster von hier mittelst Einbruchs ein eiserner Kassenschrank, welcher erbrochen vor der Stadt wieder aufgefunden wurde und aus demselben etwa 500 fl. Geld, bestehend aus einem preußischen 25-Thalerschein, einem 10-Thalerschein, einem 5-Thalerschein, zwei 1-Thalerscheinen, 7 oder 8 Frankfurter Zehnguldenscheinen, 3 bis 4 Eingulden scheinen, sodann aus Kronenthalern, preußischen Thalern, Sechstelsthalern, Guldenstücken, Halbguldenstücken und 3½-Guldenstücken, österreichischen Guldenstücken, 4 Zehnguldenrollen, wovon eine in Papier von einer Karlsruher Zeitung eingewickelt war, und zwei Fünfguldenrollen mit Sechsern, Ein-, Zwei-, Fünf- und Einviertel-Frankenstücken, einem württembergischen Dukaten, einer halben Guinee, einer halben Pistole, 3 bis 4 Friedrichsd'or; ferner zwei 35-fl.-Loose, ein von einem Germersheimer Haus auf ein Mannheimer Haus, gezogen auf Cajetan Armbruster, indossirter Wechsel für den Betrag von 500 fl., mehrere Kaufbriefe und Theilungsurkunden, zwei Kassenbücher, drei Feuerversicherungs-Policen, eine von der Gothaer Gesellschaft für Cajetan Armbruster ausgestellte Lebensversicherungs-Police und eine große Anzahl Briefe entwendet.

Wir bitten um Fahndung auf diese Gegenstände und die Thäter.

Offenburg, den 30. November 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.

Z.q.141. Nr. 3948. Freiburg. (Bekanntmachung.)

Die Konskription für das Jahr 1865 betr.

Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Aushebung der von dem Konskriptionsbezirk „früheres Landamt Freiburg" für das Jahr 1865 zu stellenden Mannschaft am

Montag den 2. Januar 1865,
früh 9 Uhr,

und diejenige der von dem „früheren Stadtamt" zu stellenden Mannschaft am

Dienstag den 3. Januar 1865,
früh 9 Uhr,

im Bezirksamtsgebäude dahier stattfindet.

Freiburg, den 26. November 1864.
Großh. bad. Bezirksamt.
Winter.

Z.p.144. Nr. 11,006. Waldkirch. (Agentur.) August Reichling, Buchdruckereibesitzer in Emmendingen, wird als Agent der Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft für den Amtsbezirk Waldkirch bestätigt.

Waldkirch, den 26. November 1864.
Großh. bad. Bezirksamt.
Leiblein.

Frankfurt, 30. Novbr. 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	4% Obligation.	100¼ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94¼ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	77⅞ P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 P.
„	5% do. 1859 „ „	77⅜ P.	„	4½% do.	102⅛ P.
„	5% do. 1864 „ „	75⅛ P.	„	4% do.	98⅛ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	91 P.
„	5% Benet. C. b. R. 6/7	82⅜ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅞ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	66⅛ bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	92½ G.
„	5% Met.-Obligat.	58¾ P.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	59 G.	„	4% do. à 105 fr. b. E.	— —
„	4½% Met.-Oblig.	52 P.	Frankf.	3½% Obligation.	92⅝ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105 G.	„	3% do.	— —
„	4½% do.	100⅞ bG	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	85⅝ G.
„	4% do.	— —	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	— —
„	3½% Staatssch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	101⅜ P.	„	2½% Schuld	41 G.
„	4½% ½jährig	101¾ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 fr.	100 G.
„	4% 1jährig	98½ P.	Schwd.	4½% Obligation.	92⅞ bez.
„	4% ½jährig	98⅝ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	92¼ G.
„	4% Ablöf.-Rente	97⅞ G.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100½ P.
„	3½%	— —	„	4½% Bern. St.-O.	100¾ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104⅝ G.	„	4% do.	— —
„	4% do.	103¼ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96 P.
„	3½% do.	95¾ G.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	— —
Baden	4% Obligation.	99⅞ G.	„	6% do. r. 1881	44¾ G.
„	3½% do. v. 1842	91⅛ P.	„	6% do. r. 1882	40⅞ b. G.
G.-Hess.	5% Obligation.	— —	„	5% do. r. 1871	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	140 P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96½ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	785 bez.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	176 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	49¼ P.
5% Pfbbr. d. österr. Cred.-A.	87¼ P.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	73¼ G.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76 P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	217½ P.	5% do. neueste Emiss. 6/7	70⅜ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	98¼ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	79⅜ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	100 P.	5% Galz. Carl Ldwb.-PrO. 6/7	84⅜ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% Schweiz. C. P. b. R. à 28 kr.	100⅝ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	337 P.	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅝ P.
3½% Frankf. Han. Eisnb.-A.	95¾ P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
5% Oesterr. Staats-Eisnb.-A.	— —	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	114 P.	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	100¾ G.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	— —	4% „ „ „ „	— —
Rhein-Nahe-Bahn	24⅝ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99½ G.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	149½ P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Neustadt-Dürkheimer	97 P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	248½ P.
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	104 P.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111¾ G.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	111¼ G.	3% Deutsch. Phbnix 20% „	149 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125 G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	104¼ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	128 P.
„ 250 fl. „ 1854	74¾ P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	127¼ G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	80¼ b. G.
„ 100 fl. v. 1864	82½ bez.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	120 P.
„ 35-fl.- „	52½ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¼ P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	133½ P.
„ 25 fl. „ „ „	37 G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	37½ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	— —
3% Bordeaux 100 Fr	— —
Ansb.-Gunzenh. L.	10 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	f. S.	100⅞ G
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	104⅞ B.
Bremen	„	96⅜ G.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	104⅞ B.
Hamburg	„	38⅝ G.
Leipzig	„	104¾ B.
London	„	119 B.
Maild. i. Fr. 200	„	93⅞ G.
München	„	99⅜ G.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90	T.	— —
Wien	f. S.	100⅛ G.
Disconto		5½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 55 -56
Holl. fl. 10 St.	„	9 47 -48
Rand-Ducat.	„	5 32½-33½
20-Frankenst.	„	9 24½-25½
Engl. Sover.	„	11 49 -53
Russ. Imper.	„	9 42 -44
Gold pr. Zpfd.	„	810 -815
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 15-45
Preuß. Cassch.	„	1 44¾-45
Doll. in Gold	„	2 25½-26½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)